D-01-047

Dringlichkeitsantrag: Solidarität mit Israel: Für Bündnis Frieden, gegen Hass und Terror



49. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz Karlsruhe, 23. - 26. November 2023

Antragsteller*in: Sebastian Pewny (KV Bochum)

Status: Zurückgezogen

Änderungsantrag zu D-01

Von Zeile 47 bis 59:

Wir müssen aber auch schon jetzt über den Tag danach nachdenken, um die Sicherheit Israels auch für die Zukunft zu garantieren: Dauerhaften Frieden kann es nur auf politischem Wege geben. Wir setzen uns für eine verhandelte Zwei-Staaten-Regelung auf der Grundlage der Grenzen von 1967 ein, bei der der Staat Israel und ein souveräner, demokratischer und lebensfähiger palästinensischer Staat Seite an Seite in Frieden und Sicherheit leben. Mit der Hamas und anderen Terrororganisationen stehen jedoch Gewaltakteure, die nie den Frieden mit Israel gewollt haben, einer politischen Lösung diametral entgegen. Wir werden unseren Beitrag leisten, dass die Friedensperspektive wieder gestärkt werden kann. Dazu gehört auch eine klare Verurteilung und Bekämpfung des Terrors gegen Israel durch die Palästinensische Autonomiebehörde. Der fortdauernde israelische Siedlungsbau und die Siedlergewalt gegen Palästinenser*innen im Westjordanland sind Hürden für den Frieden. Wir begrüßen die Anstrengungen der Bundesregierung, sich gerade in der aktuellen Lage für einen erneuten Friedensprozess einzusetzen.

Wir müssen aber auch schon jetzt über den Tag danach nachdenken, um die Sicherheit Israels auch für die Zukunft zu garantieren:

Angesichts der großen Feindschaft gegenüber Israel, auch durch die palästinensische Bevölkerung, ist eine Zweistaatenregelung kein realistiches Instrument für Frieden und Sicherheit unserer Freund*innen in Israel. Wir streben eine europäische Sicherheitsgarantie für den Staat Israel an, der Israel auch militärisch bei der Bekämpfung von Terrorismus unterstützt und dauerhaften Frieden für die israelische Bevölkerung garantiert. Die deutsche Anerkennung eines Staates Palästina ist derzeit ausgeschlossen

weitere Antragsteller*innen

Rainer Lagemann (KV Steinfurt); Ulrich Martin Drescher (KV Waldshut); Sven Schrade (KV Reutlingen); Ursula Eid (KV Esslingen); Susanne Zissel (KV Berlin-Spandau); Gertrud Welper (KV Borken); Uwe Ney-Rancea (KV Berlin-Pankow); Matthias Restorff (KV Schwarzwald-Baar); Reiner Daams (KV Solingen); Dominic Hallau (KV Bielefeld); Karsten Finke (KV Bochum); Oliver Buschmann (KV Bochum); Yohana Rahel Hirschfeld (KV Hamburg-Altona); Leander Hirschsteiner (KV München); Marie Simone Dornia (KV Hamburg-Nord); Philipp Karl Witte (KV Hamburg-Altona); Tilmann Holzer (KV Berlin-Mitte); Sebastian Schäfer (KV Esslingen); Peter Mordechai Zamory (KV Hamburg-Altona); sowie 30 weitere Antragsteller*innen, die online auf Antragsgrün eingesehen werden können.